

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 29.01.2014

Landesregierung muss bei EU-Förderperiode 2014 - 2020 auf bedarfsgerechte und regional ausgewogene Schwerpunktsetzung achten!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Europäische Kommission hat im Juni 2011 einen Verordnungsvorschlag zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014 - 2020 vorgelegt. Am 7./8. Februar 2013 hat sich der Europäische Rat auf ein Budget von ca. 960 Mrd. Euro geeinigt. Für Zahlungsermächtigungen wurde ein Volumen von ca. 908 Mrd. Euro (Preise von 2011) beschlossen. Die Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament sind mittlerweile abgeschlossen. Das europäische Parlament hat dem mehrjährigen Finanzrahmen am 19. November 2013 zugestimmt.

Niedersachsen wird aus den Strukturfonds EFRE, ESF und ELER für den EU-Förderzeitraum 2014 - 2020 erheblich weniger EU-Mittel erhalten als bisher. Vorläufige Schätzungen der Niedersächsischen Landesregierung vom Mai 2013 gehen von einem Rückgang der EU-Finanzmittel für Niedersachsen auf etwa 2 Mrd. Euro aus. Derzeit bereit Niedersachsen die so genannten operationellen Programme zur Fördermittelvergabe vor.

Pläne der Landesregierung sehen vor, trotz zurückgehender EU-Fördermittel ein Sonderfrderprogramm mit einem Gesamtvolumen von mehr als 100 Mio. Euro für Südniedersachsen aufzulegen. Die vorab reservierten EU-Mittel werden anderen Landesteilen nicht zur Verfügung stehen. Eine regional ausgewogene, bedarfsgerechte und auf Innovation und Wachstum ausgerichtete Förderpolitik ist somit nicht mehr möglich.

Zusätzlich wurden durch personelle Umstrukturierungen im Rahmen der Neuordnung der EU-Strukturförderung und Regionalentwicklung in der Staatskanzlei bewährte niedersächsische Förderstrukturen zerstört und bestehendes Know-How bei der Fördermittelvergabe ignoriert. Innerhalb der Landesregierung führt dies zu einem organisatorischen Chaos. Bestes Beispiel ist die Ernennung der Landesbeauftragten für den Bereich Leine-Weser, Frau Karin Beckmann, die noch nicht auf die für ihren Standort vorgesehene Infrastruktur zurückgreifen kann.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. auf eine regional ausgewogene und bedarfsgerechte Verteilung von EU-Fördermitteln in der kommenden Förderperiode zu achten. Eine „Förderung nach Himmelsrichtungen“, wie es das sogenannte „Sdniedersachsenprogramm“ vorsieht, ist abzulehnen,
2. das bewährte Instrument der „regionalisierten Teilbudgets“, sollte eine Fortführung aus politischen Gründen von der Landesregierung nicht gewollt sein, adäquat zu ersetzen, um der regionalen Wirtschaft, dem Handwerk, dem Mittelstand und den Kommunen auch in der kommenden Förderperiode die Möglichkeit zu eröffnen, eigene Programme zur einzelbetrieblichen Förderung aufzulegen,
3. bei der Ausgestaltung der sogenannten operationellen Programme wie bisher ein auf Qualitätskriterien aufbauendes und bei der Niedersächsischen Investitions- und Förderbank (NBank) angesiedeltes Scoring-Verfahren anzuwenden, um auf dieser Basis die Frdermittelpempfnger auszuwählen, und

4. bei der Ausgestaltung der operationellen Programme einen Förderschwerpunkt beim Übergang Schule/Beruf zu setzen und Maßnahmen in kommunaler Trägerschaft zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses zu fördern, die Schule und das Ausbildungssystem noch besser zusammen bringen und Ausbildungsschleifen zu vermeiden helfen auch mit Blick auf die Integration von Zuwanderern.

Begründung

Vor dem Hintergrund zurückgehender EU-Finanzmittel steht Niedersachsen vor großen Herausforderungen. Im Bereich der EFRE-, ESF- und ELER-Fördermaßnahmen muss auch weiterhin auf eine faire regionale Verteilung in Niedersachsen geachtet werden, die keinen Landesteil gegenüber einem anderen gezielt bevorzugt. Das Südniedersachsenprogramm der rot-grünen Landesregierung ist förderpolitisch falsch, zumal der Vergleich mit anderen Förderprogramme wie etwa der „Initiative Niedersachsen“ eine deutlich bessere Mittelausstattung Südniedersachsens ausweist.

Das bewährte Instrument der „regionalisierten Teilbudgets“ muss bei einem Wegfall für die regionale Wirtschaft adäquat ersetzt werden. Bewährte Scoring-Verfahren zur Auswahl der Fördermittelpfänger müssen beibehalten werden, um dafür zu sorgen, dass weiterhin die am besten geeigneten und nicht ausschließlich politisch genehme Projekte gefördert werden. Dabei sollte auf die jahrelang aufgebaute Expertise der NBank zurückgegriffen werden.

Angesichts der deutlich geringeren EU-Fördermittel ist die Konzentration auf die bedarfsgerechte Förderung von größter Bedeutung. Hier kommt der Förderung des Übergangs Schule/Beruf zentrale Bedeutung zu. Die Städte, Gemeinden und Landkreise haben den besten Draht zur örtlichen Wirtschaft und den Schulen und können entscheidend für die Stabilität und Nachhaltigkeit von Maßnahmen sorgen. Es geht darum, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler den Schulabschluss schaffen, bei anschließender beruflicher Bildung eine Lehrstelle im dualen System finden und Ausbildungsschleifen vermeiden. Notwendig sind die frühe Berufsorientierung bereits während der Schule und die noch stärkere Verzahnung zwischen Allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen und Betrieb.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer